

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

## Gefährdeter DDR-Handel

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1985) : Gefährdeter DDR-Handel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 11, pp. 540-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136094>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Klaus Bolz

## Gefährdeter DDR-Handel

Das im reinen Warenverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR bis einschließlich September erzielte Umsatzvolumen in Höhe von 11,5 Mrd. DM läßt den Schluß zu, daß auch 1985 ein Rekordjahr des innerdeutschen Handels wird. Vor allem die westdeutschen Lieferanten können zufrieden sein, ist doch das gestiegene Umsatzvolumen auf ihre um fast 24 % gestiegenen Lieferungen in die DDR zurückzuführen und kam es durch vermehrte Investitionsgüterkäufe der DDR endlich auch zu der gewünschten Strukturverbesserung. Mit Blick auf die gegenwärtig nicht eben günstigen politischen Rahmenbedingungen verdient jedoch vor allem die Stetigkeit in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen Beachtung. Obwohl die DDR durch ihre in den letzten Jahren sichtbar verbesserte Handelsbilanz – zum Teil auch als Folge der westdeutschen Großkredite – ihren Handlungsspielraum im Westhandel erweitern konnte, hat sie diesen nicht – wie auf westdeutscher Seite häufig befürchtet – zu einer Reduzierung ihres Wirtschaftsverkehrs mit der Bundesrepublik genutzt.

Bei der Beurteilung der ziemlich stetigen Aufwärtsentwicklung des innerdeutschen Handels ist nicht außer acht zu lassen, daß sich dieser systembedingt im wesentlichen gemäß dem politischen Willen und den ökonomischen Fähigkeiten der DDR entwickelt. Die Bundesrepublik kann immer wieder nur ihre Bereitschaft zu seiner Vertiefung signalisieren. Vor diesem Hintergrund läßt die Entwicklung bis heute den Schluß zu, daß die DDR dem innerdeutschen Handel einen hohen ökonomischen Wert beimißt und ihn von rein politischen Einflüssen freizuhalten sucht. Oder anders gesagt: Unter den vielen Problemen zwischen Ost und West war für die DDR-Führung offensichtlich keines so gravierend, daß je die Aufgabe der Vorteile aus dem innerdeutschen Handel ernsthaft zur Disposition gestanden hätte. Weder die Belastungen im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis, die Absage des Honecker-Besuchs noch die jüngste deutsch-deutsche Spionage-Affaire haben einen nachhaltigen Einfluß auf den innerdeutschen Handel gehabt.

Der DDR mag das Bemühen, den Wirtschaftsverkehr mit der Bundesrepublik vorrangig gemäß ihren ökonomischen Interessen zu entwickeln, um so leichter fallen, als sie inzwischen sicher sein kann, daß die Bundesrepublik den innerdeutschen Handel nicht als Instrument einsetzen wird, um politische Zugeständnisse zu erzwingen. Doch noch ein zweiter Gesichtspunkt scheint wichtig: Die DDR besitzt in Fragen des innerdeutschen Handels auch deshalb einen vergleichsweise großen Handlungsspielraum, weil die Sowjetunion in einem nicht geringen Maße Nutznießer eines gut funktionierenden deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehrs ist. Da die Sowjetunion aber schließlich auf derartige Vorteile verzichten könnte, hielte sie dies für politisch geboten, könnte der – geduldete – Handlungsspielraum der DDR schnell schrumpfen, so z. B. in Ver-

bindung mit der Politik der Bundesregierung in der Frage von SDI.

Um Mißverständnisse von vornherein nicht entstehen zu lassen, die Frage einer westdeutschen Beteiligung am SDI-Programm kann wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung nicht vorrangig in Abhängigkeit vom innerdeutschen Handel entschieden werden. Über den Weg zu einer solchen Beteiligung sollte man allerdings auch mit Blick auf diesen Wirtschaftsverkehr entscheiden. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Sowjetunion und auch die DDR sehr wohl unterscheiden, ob die westdeutsche Wirtschaft als solche sich in Verfolgung ihrer Ziele zu bestimmten Aktivitäten entschließt, oder aber ob die Regierung derartigen Aktivitäten durch Rahmenabkommen noch einen besonderen Rang verleiht.

Für SDI heißt dies im Klartext: Wenn sich westdeutsche Unternehmen – unter ihnen Weltfirmen der Raumfahrttechnik und Elektronik – an SDI beteiligen, wird Generalsekretär Honecker dies natürlich verbal scharf verurteilen, ein Einfrieren der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen aber im eigenen wirtschaftlichen Interesse zu vermeiden suchen. Ein offizielles deutsch-amerikanisches SDI-Rahmenabkommen bliebe dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ohne Folgen für die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen sowie ihre derzeit gegebenen Entwicklungschancen.

Ein SDI-Rahmenabkommen ist politisch nicht notwendig – eher überflüssig. Auch ökonomisch und wissenschaftlich-technisch wird es über die ohnehin zustande kommenden deutsch-amerikanischen SDI-Projekte hinaus vermutlich nichts bringen. Mit Blick auf die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sollte der Bundesregierung eine gewisse offizielle Zurückhaltung gegenüber SDI eigentlich nicht schwerfallen.